



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Russische Briefe. 6

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Russische Briefe

Von George Kleinow

6



Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Politiker an der Newa steht ein jüngst in der Times veröffentlichter Brief des auch in Deutschland bekannten Lehrers des internationalen Rechts, Professor Martens. Der Gelehrte stellt darin fest, im Interesse Rußlands müsse die gegenwärtig tagende Reichsduma aufgelöst werden. Wenn Herr Martens ein einfacher Parteimann wäre, der, wie die nationalen Monarchisten, die Volksvertretung überhaupt zum Teufel wünschte, dann wäre an seiner Äußerung nichts bemerkenswertes. Aber Herr Martens ist Gelehrter, der durch sein Spezialfach seit Jahren gezwungen ist, die politischen Faktoren streng sachlich danach zu ordnen, in welchem Verhältnis sie zum Heile Rußlands stehen, ohne es selbst nötig zu haben, sie nach den Bedürfnissen des Augenblicks zu handhaben. Wenn ein solcher Mann, dessen theoretische Sympathie obendrein noch bei den in Westeuropa vorherrschenden Staatsformen liegt, unumwunden ausspricht, die in schweren Kämpfen geborne Volksvertretung müsse aufgelöst werden, dann müssen tiefe, schwerwiegende Gründe dafür vorhanden sein. Es soll versucht werden, diese Gründe hier darzustellen.

Bei meiner Beurteilung der Lage und der Vorgänge in Rußland gehe ich von dem Standpunkt aus, daß alle politischen Aktionen und Winkelzüge der Schaffung einer dem Bedürfnis der russischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit entsprechenden Verfassung dienen. Dabei scheint es mir gleichgiltig, ob solche Handlungen ausgehen von Gegnern oder Freunden der Konstitution oder von Anhängern der Monarchie oder der Republik, mit oder wider Willen helfen sie am Bau der Verfassung. Das werdende Rußland hat noch keine Verfassung, will sagen, hat noch keine Grundlage, auf der sich ein modernes, sicher stehendes Staatsgebäude errichten lassen könnte. Denn der Zar hat nicht die Macht, die seinerseits oktroyierte Verfassung vom April 1906, so wie sie ist, durchzusetzen.

Der Hauptmangel an dieser Verfassung liegt darin, daß sie ihre Autorität nicht aus den Bedürfnissen der wesentlichen Kreise der Gesellschaft nimmt, sich vielmehr in vielen bedeutungslosen Einzelfragen dem Drängen zufällig mächtiger Cliques unterworfen hat. Sie trägt darum Stempel aller Strömungen, die von 1904 bis 1906 durch die politischen Salons Petersburgs geweht haben, sozialistische ebenso wie feudale. Eine Prinzipienlosigkeit ohne Grenzen hat große und kleine Fragen nebeneinander geordnet. Infolgedessen kann die Verfassung weder den liberalen Nationalisten noch den nationalen Monarchisten noch der Regierung genügen, und die Regierung kann auch nicht mit einer politischen Strömung als Bundesgenossin rechnen. Von der Gesellschaft in allen Punkten angegriffen, muß die Regierung auf durchaus verfassungswidrige Mittel, wie zum Beispiel auf die je nach Bedarf bestellten Senatsentscheidungen zurückgreifen, um überhaupt von der Hand in den Mund leben zu können. Alle Maßnahmen, die eine selbst nur scheinbare Solidarität der Regierung mit der Gesellschaft hervorbringen sollten, wirken durchaus wider die Absichten eben der Regierung. Das deutlichste Beispiel für das Scheitern der Regierungspolitik am Felsen der Wirklichkeit zeigt die Zusammensetzung der zweiten Reichsduma. Was ist nicht alles versucht worden, um die fortschrittlichen Kreise ihrer Vertreter zu berauben! Wie viel Professoren, Adelsmarschälle, Angestellte und Abgeordnete der Semstwo sind nicht auf Grund der Aufruhrparagraphen des aktiven und passiven Wahlrechts entkleidet worden! Welche Unterstützung wurde nicht dem Oktoberverbande zuteil! An die 80000 Vertreter des dritten Elements befinden sich in der Verbannung! Und . . .? die Regierung hat von 524 Abgeordneten kaum 40, auf die sie sich verlassen könnte. Das Ergebnis der Dumawahlen ist vom Standpunkte der Regierung noch viel ungünstiger ausgefallen, als es an dieser Stelle*) vorausgesagt worden ist, und sogar günstige Möglichkeiten, wie der Einfluß der hohen Geistlichkeit auf die Bauern, haben sich nicht verwirklicht. Die Bauern, die ihr religiöses Empfinden trotz der Landfrage auf der Seite der Absolutisten gehalten hatte, stehen heute geschlossen beim sozialrevolutionären Bauernbunde, wo ihnen klar gemacht worden ist, es gebe kein andres Mittel, ihre Lage zu verbessern, als die Gewalt. „Nicht gegen den Zaren richtet sich euer Tun, einzig gegen den Tschinownik und Großgrundbesitzer, die den Zaren ebenso betrügen wie euch!“ Die Regierung hat während der Wahlen zunächst die gebildeten Kreise des Volks, die Kadetten und „Friedlichen Erneuerer“ bekämpft, in der Hoffnung, an ihre Stelle die Besitzenden von Stadt und Land setzen zu können. Dabei scheint sie sich die Psyche der „Besitzenden“, der „Bourgeois“, wie die Sozialdemokraten sagen, gar nicht klar gemacht zu haben. Sie hat vielmehr den russischen Bourgeois nach westeuropäischem Maß gemessen, hat übersehen, daß im „faulen Westen“ die „Besitzenden“ seit Jahrzehnten im politischen Kampf durch die

*) Grenzboten 1907, Heft 11.

Selbstverwaltung in Gemeinden, Berufs- und Interessenverbänden geübt und für den besondern Kampf in den Parlamenten gerüstet und organisiert sind, während in Rußland solche Organisationen mit Feuer und Schwert verfolgt wurden, und darum jeder einzelne Besitzende ängstlich jedem politischen Treiben auswich und seine Geschäftsinteressen bei Hoch und Niedrig lieber mit dem offenen Geldsack vertrat. Die Folge dieser Unkenntnis ist zwar, daß die organisierten Gebildeten nicht in die Duma gekommen sind, aber auch nicht die unorganisierten Besitzenden, sondern vorwiegend die gut organisierten Besitzlosen und Ungebildeten. Wir haben tatsächlich eine sozialistische Bauerduma vor uns, die in ihrer Mehrheit engherzig einzig das Wohl einer Klasse, nicht des Landes im Auge hat, die insolgedessen nur den Namen einer staatlich unterhaltenen Schule für revolutionäre Agitatoren verdient!

Die Verantwortung für diese Duma wird nun absichtlich der russischen Intelligenz, überhaupt den fortschrittlichen Parteien aufgebürdet, die die Revolution „gemacht“ haben. Besonders im Auslande wirken die Agenten der russischen Regierung dafür, dem Bankier und Sparer zu beweisen, daß die ganze russische Intelligenz nichts taugt, daß die Regierung, d. h. die Bureaucratie, allein befähigt sei, das Land durch alle Fährnisse der Krisis zu führen. Das ist ungerecht. Die heutige russische Gesellschaft ist die Frucht jener Drachensaat, die die dreizehnjährige Regierung Alexanders des Dritten gesät hat. Da die Regierung die wenigen „besten Kreise“ von der Duma ferngehalten hat, muß sie schon mit der vergifteten Masse arbeiten. Denn die Duma stellt das russische Volk so vollkommen dar, wie es kaum ein Parlament sonst kann. Für diese Duma ist aber niemand anders als die Regierung verantwortlich, die Regierung, die weder die Lehren kennt, die das Land seit dreißig Jahren überschwemmen, noch die Stimmung, die jene Lehren im Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Entwicklung erzeugt haben. Will die Regierung heute eine gefügige Dummehrheit haben, dann soll sie den Bauern Land geben — alles Land. Dann wird sie auch die westeuropäische Intelligenz und alle Fremdvölker bekämpfen können, vermutlich aber nebenher auch den russischen Staat zertrümmern.

Die scharfe Verschiebung der Bauern nach links wurde, abgesehen von den eben angedeuteten allgemeinen Verhältnissen und der rührigen Agitation der Revolutionäre, auch durch das Auftreten des „Vereinigten Adels“ in seinen Sitzungen Anfang April 1907 begünstigt. In seiner Furcht, die Regierung könne dem Drängen der revolutionären Agrarreformer zu weit nachgeben, hat der Adel allerhand Beschlüsse gefaßt, die von der Regierung strengste Beibehaltung der bisherigen Landorganisation, und um dafür die Zustimmung der Volksvertreter zu erhalten, Änderung des Wahlrechts fordern. Die häufig recht stürmisch verlaufenden Sitzungen boten den Revolutionären ausgiebige Gelegenheit, die Bauern auf die vom Adel drohende Gefahr hinzuweisen. Wenn auch der Adel durchaus in Vertretung seiner ständischen Interessen handelte, muß sein Auftreten gerade im gegenwärtigen Augenblick als un-

politisch bezeichnet werden, da er dem ohnehin schwer kämpfenden Minister Stolypin in den Rücken fiel. Allerdings hat die politisch reifere Minderheit ihrer gegensätzlichen Meinung Ausdruck verliehen, auch sind in der Duma gerade die besten unter den Konservativen von den Feinden Stolypins abgerückt, um Anschluß an die Partei der Rechtsordnung zu finden. Der ungünstige Eindruck auf die Bauern ist aber geblieben, und wie in einem geheimnisvollen Ringe findet nun auch die Reaktion am Hofe wieder größern Einfluß infolge des radikalen Auftretens der Bauern. Unter diesen Verhältnissen ist das Vorhandensein des Herrn von Schwanebach als Reichskontrolleur und des Herrn Wassiltschikow als Landwirtschaftsminister im Kabinett eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die konstitutionellen Pläne Stolypins. Beide Herren sind Günstlinge der sehr einflußreichen und begüterten Clique um das Haus des Grafen Scheremetjew und haben dadurch Gelegenheit, auf den Zaren direkt und indirekt einzuwirken. Welchen Einfluß die Leute haben, geht unter anderm aus der kürzlich erfolgten Ernennung des Professors Pichno in den Reichsrat hervor. Herr Pichno ist Herausgeber des in Kijew erscheinenden Kijewljanin, der einen scharfen Feldzug für die sofortige Auflösung der Duma führt. Jetzt geht das ganze Streben der Leute um Scheremetjew darauf hin, Stolypin zu stürzen und womöglich Durnowo an seine Stelle zu setzen. Ein naheliegendes Mittel ist der Hinweis, daß Herr Stolypin den Befehl zur Nichtanwendung der Todesstrafe gegeben hat, obwohl der März wieder eine Steigerung der Opfer durch Mord auf 635 gebracht hat, obwohl auch in Kursk, Sefaterinoflaw, Tula, Tambow Agrarunruhen einen immer größern Umfang annehmen. Die reaktionäre Presse unterstützt die Bemühungen der Petersburger Clique. Moskowskija Wjedomosti bringt täglich am Kopf in anderthalb Zentimeter hohen Buchstaben den Satz: „Vor allen Dingen muß die Duma aufgelöst werden!“ Aus allen Teilen des Reiches treffen täglich Duzende von Telegrammen und Gesuchen beim Zaren, beim Ministerpräsidenten und in der Duma ein, die eine sofortige Auflösung fordern. Wohin alle diese Verhältnisse führen müssen, brauche ich nicht zu erläutern. Nachdem ich in frühern Briefen von der Organisation der Agrarunruhen gesprochen habe, möchte ich heute nur darauf hinweisen, daß mit einem geschlossenen Aufstand ganzer zusammenhängender Gebiete in diesem Jahre noch nicht zu rechnen ist. Auch wenn die Duma nicht vorzeitig aufgelöst werden sollte, wenn also eine größere Anzahl von revolutionären Abgeordneten unter dem Schutz der Toga des Volkstribunen in die Ferien und auf das platte Land gehn sollte, scheint mir die Organisation der Sozialrevolutionäre nicht stark genug, als daß sie ganze Gebiete auf die Beine bringen könnte. Am schlimmsten sieht es noch im südlichen und mittlern Wolgagebiet und in Bessarabien aus. Auf die Lage an der Wolga wirken die Arbeiterverhältnisse in Baku, weil alle industriellen Unternehmungen dort auf Naphthaheizung angewiesen sind. Ein größerer

Streik in Baku bringt in den nahe an der Wolga liegenden Gouvernements Astrachan, Dongebiet, Samara, Saratow, Pensa, Sibirsk, Kasan 2180 Fabriken zum Stillstand und macht 115556 Arbeiter brotlos. *) Dabei sind die Schifffahrtsgesellschaften, deren Dampfer alle mit Naphtha geheizt werden, mit ihren nach Hunderttausenden zählenden Angestellten und Hafearbeitern nicht berücksichtigt. Die Regierung sucht durch Verlegung zahlreicher technischer Truppenteile nach Baku dem schlimmsten vorzubeugen. In Bessarabien wird die Lage besonders schwierig durch die mit der sozialrevolutionären Propaganda gleichlaufende der Antisemiten. Von beiden Seiten wird energisch gearbeitet, während von Maßregeln der Regierung nichts zu sehen ist. Was dort später geschehen wird, wissen die Götter.

Der traurige Bildungszustand der zweiten Duma findet seinen fühlbaren Ausdruck in den Sitzungen der Kommissionen. Wie aus der Tagespresse schon bekannt sein dürfte, hat die Armut an juristisch und volkswirtschaftlich durchgebildeten Abgeordneten dazu geführt, daß die Kommissionen zu ihren Sitzungen Sachverständige von außerhalb zugezogen haben. Herr Stolypin hat dagegen protestiert, weil er darin einen Versuch sieht, die Beziehungen der Duma zur Gesellschaft enger zu gestalten, als es im Interesse der ruhigen Entwicklung liegen kann. Über die Angelegenheit wird viel geschrieben, und sogar in konservativen Kreisen finden sich Vertreter der Ansicht, die Kommissionen könnten zu ihren Sitzungen Sachverständige hinzuziehn. Wenn es sich hier nur um eine sachliche Arbeit handelte, würde ich auch dafür eintreten; aber die Regierung hat ja gerade die Mehrzahl der neu hinzugezogenen Sachverständigen von den Wahlen ausgeschlossen, um ihren Einfluß zu unterbinden. Es wäre somit unlogisch, wenn sie durch ihre Zulassung als Sachverständige den Einfluß wiederherstellte. Für uns ist wichtig, hier wieder einmal festzustellen, daß der von der Regierung eingeschlagne Weg falsch ist. Dagegen war aber die Regierung durchaus im Recht, als sie sich Enqueten der Duma über ihren Kopf weg verbat, vielmehr forderte, daß alle Anfragen in der Provinz durch ihre Vermittlung zu gehn hätten. Es hieße, eine Nebenregierung aufziehen, wollte die Exekutive gestatten, daß die Duma direkt mit den Organen der Selbstverwaltung in dauernde Verbindung treten könnte. Die Duma hat das auch unter der Führung der Kadetten eingesehen, sodaß der äußere Frieden nach wie vor besteht. Auch die Verhandlungen in der Agrarfrage, die zweimal wöchentlich im Plenum stattfinden, gehn verhältnismäßig friedlich dahin, wenn auch die Revolutionäre von rechts und von links keine Gelegenheit versäumen, einen Konflikt hervorzurufen, der zur Dumaauflösung führen könnte. Das Verdienst, daß alles bisher glatt abgelaufen ist, liegt bei den Kadetten.

*) S. A. W. Bogoschew, „Zahl und Zusammensetzung der Arbeiterbevölkerung Rußlands“, im Auftrage der Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg, 1906, Statistische Anlagen, S. 23 bis 25.

Die Durchsicht des Budgets findet eben in der Kommission statt. Die Optimisten folgern daraus, daß es die erste Lesung im Plenum überstanden habe, ohne abgelehnt zu sein, es würde nun auch angenommen werden, und die Gesellschaft würde sich der „bewährten Führung der Finanzen durch die Regierung“ auch weiterhin anvertrauen. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Verfassung stellen, können weder die Duma noch der Reichsrat an dem Budgetentwurf des Finanzministers etwas ändern. Die Auffassung der Regierung über das Recht der Volksvertretung am Budget geht aus dem nicht veröffentlichten Memorandum des Hofmeisters Bulygin hervor, dem folgendes entnommen sei:

„. . . abgesehen von den bedingten Krediten, schreibt Herr Bulygin, sind alle übrigen Ausgabeposten unsers Reichsbudgets im Grunde genommen schon vorher festgelegt, die einen sowohl nach ihrem Gegenstande wie auch nach dem Umfang der Ausgabe, die andern (wirtschaftliche Operationsausgaben) bezüglich des Gegenstandes ihrer Bestimmung. Diese Grundprinzipien unsrer Etatsordnung müssen unter allen Umständen auch in Zukunft ohne Abweichung festgehalten werden, und ihre Unantastbarkeit muß streng gewahrt bleiben, wenn die Grundlage unsers finanziellen Gleichgewichts nicht erschüttert werden soll. Deshalb müßte im Gesetz klar ausgesprochen werden, der Duma sei das Recht der sogenannten Budgetinitiative nicht eingeräumt worden. Es handelt sich hier um das Recht, während der Durchsicht des Budgets neue, auf gesetzgeberischem Wege noch nicht bewilligte Einnahmen oder Ausgaben in das Budget einzubringen oder auch Ausgaben und Einnahmen, die durch die bestehenden Gesetzesbestimmungen oder Etats veranlaßt worden sind, zu kürzen, da der Duma das Recht durchaus nicht genommen werden soll, auf dem gewöhnlichen Wege gesetzgeberischer Initiative Fragen aufzuwerfen über diese oder jene Abänderung oder Ergänzung, was den Gegenstand oder den Umfang unsrer Staatsausgaben oder auch was die Feststellung neuer Steuern sowie die Erhöhung oder die Herabsetzung von bestehenden anlangt. Die genaue Befolgung der Grundprinzipien der bestehenden Etatsordnung wird zugleich auch die notwendige Schnelligkeit der Prüfung des Budgets sicherstellen, denn die Mehrzahl der Ausgabeposten wird sich scheinbar als konsolidiert erweisen, und somit wird die Notwendigkeit einer umständlichen Nachprüfung nicht eintreten. . . . Die ausgeführten Erwägungen geben einen Anhalt zu der Voraussetzung, daß die Prüfung des Budgets in der Reichsduma und dem Reichsrat hauptsächlich den Charakter von Klarstellungen einzelner strittiger Fragen und Zweifel über einige wenige Budgetvoranschläge annehmen wird, darum brauchen sich die Budgetdebatten nicht zu sehr hinzuziehen, und es wird sich als möglich erweisen, die Durchsicht nach zwei Monaten zu beschließen. . . .“

Die Duma denkt aber nicht daran, sich der „bewährten“ Führung der Regierung ohne weiteres zu überlassen. Vorläufig kommt es den Kadetten nur darauf an, das Budget in die Kommission zu retten, um sich überhaupt

Einblick in das Finanzgebahren der Regierung zu verschaffen. Man vergesse nicht, zu beachten, daß außer dem Reichskontrolleur, dem Finanzminister und dem Volkswirtschaftsdepartement des Reichsrats in Rußland noch niemand ein Reichsbudget in seinen Einzelheiten gesehen hat. Hier gilt es zunächst zu lernen, was eigentlich hinter dem so oft bezweifelte Bericht des Finanzministers steckt. Ferner sind die ruhigen Kommissionsitzungen das beste Mittel zur Erhaltung der Duma, solange es den Politikern als notwendig erscheint. Denn das wird wohl niemand den Kadetten zu glauben brauchen, daß sie die gegenwärtige Duma fünf Jahre erhalten wollen! Es wird somit von der allgemeinen politischen Lage in Rußland und von der Bereitwilligkeit der Regierung, den Kadetten entgegenzukommen, abhängen, ob das Budget in der zweiten Lesung im Plenum angenommen werden wird oder nicht. Die Regierung braucht das Budget für das Ausland, darum ist das Budget auch der Punkt, auf den die Volksvertretung zur Erreichung von Vorteilen drücken kann. Sie wird es tun, aber in einem Augenblick, der der Regierung nicht passen wird. Diese Perspektive ist es, die meines Erachtens Männer wie Professor Martens veranlaßt, für eine sofortige, von der Entscheidung des Budgets unabhängige Auflösung der Duma einzutreten.

St. Petersburg, den 5./18. April 1907



Deutschland in französischer Beleuchtung

1



Am 25. Oktober des Jahres 1874 vermerkte Fürst Chlodwig Hohenlohe in seinem von der deutschen Publizistik noch immer viel zu wenig gewürdigten Tagebuche, der Kaiser habe ihm gesagt, die Franzosen seien ungezogene Kinder, die man mit Güte nicht gewinnen könne, und die immer in Schrecken gehalten werden müßten. Das trifft auch heute noch zu und sollte als goldne Regel bei allen offiziellen Äußerungen an die französische Adresse immer beherzigt werden. Allerdings wird jeder Deutsche, der längere Zeit in Paris lebt und zu gebildeten Franzosen in nähere Beziehungen tritt, die Erfahrung machen, daß diese nie von Revanche sprechen und eine Freundschaft mit Deutschland herbeisehnen, aber diese an sich gewiß richtigen Beobachtungen dürfen uns nie über die Tatsache hinwegtäuschen, daß im Ernstfalle stets die Chauvinisten die große Menge mit sich fortreißen, und daß uns nur unser unnachahmliches Heer vor einem erneuten gallischen Überfall geschützt hat. Die edle Liebenswürdigkeit unsers Kaisers bei so vielen Gelegenheiten des französischen Lebens hat unzweifelhaft die deutsch-französische Annäherung einen großen Schritt weitergeführt, und die